

Positionspapiere zum

STEIERMARK-DIALOG

STANDORTBESTIMMUNG UND AUSBLICK

2. Oktober 2020, Schloss Seggau

Steiermark-Dialog

Standortbestimmung und Ausblick

2. Oktober 2020

15.00 – 17.30 Uhr

Schloss Seggau

Durchgeführt und initiiert vom

Fonds für Arbeit und Bildung der Diözese Graz – Seckau

Peter Hohegger, geschäftsführender Kuratoriumsvorsitzender

Bernhard Schwarzenegger, Geschäftsführer

Bischofplatz 4

8010 Graz

0316 8041 422

fonds-fuer-arbeit@graz-seckau.at

www.katholische-kirche-steiermark.at/fonds-fuer-arbeit

Steiermark-Dialog

Standortbestimmung und Ausblick 2. Oktober 2020, Schloss Seggau

Auf Einladung von Diözesanbischof Wilhelm Krautwaschl diskutieren:

Hermann Schützenhöfer, Landeshauptmann
Hellmut Samonigg, Rektor Med Uni Graz
Karl-Heinz Snobe, Landesgeschäftsführer AMS
Josef Herk, Präsident WK
Josef Pessler, Präsident AK
Stefan Stolzka, Präsident IV
Horst Schachner, Landesvorsitzender ÖGB
Franz Titschenbacher, Präsident LK für Land und Forstwirtschaft
Herbert Beiglböck, Caritasdirektor
Leopold Neuhold, Universitätsprofessor Institut für Ethik und Gesellschaftslehre
Ernst Sittinger, Kleinezeitung – Chefredaktion
Gerhard Koch, Landesdirektor ORF Steiermark
Oliver Pokorny, Chefredakteur Steirerkrone

Moderation:

Peter Hohegger, Fonds für Arbeit und Bildung

FONDS
FÜR ARBEIT UND BILDUNG
der Diözese Graz-Seckau

KATHOLISCHE 
KIRCHE STEIERMARK

Sehr geehrte Verantwortungsträger, geschätzte Gäste!

Ich freue mich sehr, dass Sie alle unserer Einladung zum „Steiermark-Dialog“ hierher nach Schloss Seggau gefolgt sind und begrüße Sie sehr herzlich.

Wir befinden uns zurzeit, bedingt durch die Corona-Pandemie, in einer sehr herausfordernden Situation. Herausfordernd für die Menschen in Hinblick auf Arbeit und Gesundheit, herausfordernd auch für die Wirtschaft, die Arbeitsplätze sichert und uns die Güter und Annehmlichkeiten des täglichen Lebens bereitstellt, und nicht zuletzt für die Politik und Regierung, die geeignete Rahmenbedingungen finden sollen, damit wir handlungsfähig bleiben.

Herausfordernd ist diese Zeit natürlich auch für die Kirche. Diese Zeit, in der Gewohntes plötzlich nicht mehr funktioniert, in der vermeintlich Beständiges in Frage gestellt wird, in der Freiheiten eingeschränkt sind, bringt nicht nur existenzielle Sorgen, sondern wirft Fragen nach dem „Warum“ auf. Wenn Menschen sterben, wenn der Verlust der Arbeit schwere Krisen auslöst, ist man schnell versucht zu fragen, „Mein Gott, warum hast Du mich verlassen?“ (Mk 15,34) Unser Glaube bietet hier Antworten. Vor allem bietet er Hoffnung. „Der HERR ist mein Hirte, mir wird nichts mangeln ... Auch wenn ich wandere im finsternen Tal, fürchte ich kein Unheil ...“, heißt es so schön im Psalm 23. Dieses Vertrauen und diese Hoffnung bemühen wir uns zu leben und weiterzugeben – auch angesichts der Einschränkungen, die uns als Kirche treffen und die wir mittragen, um unsere Nächsten und uns zu schützen.

Persönlicher Gesundheitsschutz hat Priorität, es geht aber auch um das, was wir vielleicht „soziale Gesundheit“ nennen können – in mehrerlei Hinsicht, wenn ich etwa an soziale Nähe denke, die notwendig ist, wenn ich an das doch gefährdete Zueinander in der Gesellschaft denke. Es geht um die Absicherung der Arbeitsplätze, um ein Einkommen, von dem man leben kann, um gesunde Nahrungsmittel und vieles mehr, das für unser Menschsein bedeutsam ist. Es geht um Fragen der

Bischof Wilhelm KRAUTWASCHL

sozialen Absicherung und der Bildung, besonders für die Schwächeren, für die Ärmeren, für die Benachteiligten im Lande. Es geht weiterhin um Fragen der Nachhaltigkeit und um die Klimakrise, die angesichts der Corona-Pandemie aus dem Bewusstsein zu schwinden drohen. Ich möchte einmal mehr Papst Franziskus und seine Enzyklika *Laudato si'* in Erinnerung rufen, in der er darauf hinweist, dass soziale und ökologische Fragen nicht voneinander getrennt gesehen werden dürfen. Eines hängt am anderen, alles ist verbunden – so auch wir hier und heute.

Als Kirche möchten wir mit dem „Steiermark-Dialog“ auch aus dem Antrieb des pfingstlichen Hirtenbriefs von uns österreichischen Bischöfen dazu beitragen, dass die Verantwortlichen im Land zusammenkommen, sich austauschen, Verständnis füreinander herstellen und das gegenseitige Vertrauen festigen. Denn wir alle haben Verantwortung für das Wohl des Landes und seiner Menschen. Nehmen wir sie wahr! Damit wünsche ich uns einen guten, einen fruchtbaren, einen erkenntnisreichen Dialog.

Gehen wir's gemeinsam an

2020 stand bisher und steht nach wie vor zweifelsohne ganz und völlig im Bann von Corona. Seit Mitte März, seitdem seitens der Bundesregierung Maßnahmen verkündet wurden, die bis zu diesem Zeitpunkt niemand in unserem Land für überhaupt denkbar und möglich gehalten hätte, kommt die Republik Österreich – und somit natürlich auch die Steiermark – aus dieser bedrohlichen Umklammerung nicht raus. Und wir befinden uns damit leider in guter Gesellschaft vom Großteil der Länder dieser Erde. Vor keinem Winkel dieses Planeten machte Corona bisher Halt.

Als das erste Halbjahr 2020 sein Ende fand und der Sommer ins Land zog, wurde hierzulande von vielen schon etwas voreilig die neue Freiheit verkündet – ein Trugschluss, wie wir mittlerweile aufgrund der aktuellen Entwicklung wissen. Niemand kann seriös vorhersagen, wie sehr und wie lange der Würgegriff dieses Virus noch anhalten wird. Ehe es keine Impfung oder tatsächlich wirksame Medikamente dagegen gibt, müssen wir mit völlig neuen Anforderungen und auch mit völlig neuen Verhaltensformen umzugehen lernen.

Dieser Steiermark-Dialog hat als Schwerpunkt das Thema Arbeit im Fokus. Etwas mehr als 400.000 Menschen waren zuletzt in Österreich ohne Arbeit (im Vergleich zum Vorjahr sind das 77.500 Arbeitslose mehr). Seit dem coronabedingten Arbeitslosenrekord Mitte April mit 588.000 Personen ohne Job gehen die Arbeitslosenzahlen immerhin etwas zurück, sie sind aber natürlich nach wie vor sehr hoch und werden mit Herbst und Winter vermutlich wieder ansteigen. Zum Höhepunkt der Krise waren zusätzlich außerdem mehr als 1,3 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit, zuletzt waren es immer noch deutlich mehr als 300.000 Personen.

Ob es zu einem deutlichen Jobabbau nach Auslaufen der zweiten Kurzarbeitsphase kommt, lässt sich derzeit noch nicht sagen. Laut einer Befragung wollen weniger als zehn Prozent der Betriebe ihre Mitarbeiter nach der Kurzarbeit nicht weiterbeschäftigen. Schätzungsweise wären das somit weniger

Landeshauptmann Hermann SCHÜTZENHÖFER

als 30.000 Beschäftigte, so eine Hochrechnung der Zahlen, wie sie sich im Moment darstellen. Auch eine weitere Verlängerung der Corona-Kurzarbeit über den März 2021 hinaus steht im Raum. Die Bundesregierung wird darüber im Februar 2021 entscheiden.

Hier zeigt sich ein wenig das Dilemma, in dem sich die Politik derzeit befindet. Sie kann derzeit immer nur auf kurzfristige Entwicklungen reagieren, niemals längerfristig agieren. Weil keiner weiß, welches Szenario sich seriöser Weise in einem Monat konkret darstellt. Diese Unsicherheit und Ungewissheit sind keine guten Voraussetzungen für geplante, umsichtige und vorausschauend agierende Politik.

Dass trotz aller kurzfristigen Feuerwehractionen der Politik der Blick über den Tellerrand hinaus, das längerfristige und grundsätzliche Denken und die entsprechende Perspektive nicht aus den Augen verloren werden darf, ist auch gewiss. Leider hat uns Corona aber auch gezwungen, den dritten Teil der Konferenz „Österreich 22“, geplant für Ende Oktober und heuer, anlässlich von 100 Jahre Bundesverfassung, unter dem Motto „In welcher Verfassung ist Österreich?“ auf einen noch nicht näher definierten Termin zu verschieben. Die Grundsätze der katholischen Soziallehre zur Arbeit als Teil der Menschenwürde sind zentral, aber wir müssen auch Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Migration und Integration, Menschenwürde und Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit immer im Auge haben und uns dafür engagieren.

Auch in der Landespolitik der Steiermark hat Corona so manch wesentliches Vorhaben fürs erste einmal hintanstellen lassen. Gemeinsam mit der Sozialdemokratie war beispielsweise bei der Bildung dieser Koalition festgesetzt worden, das Budget des Landes nachhaltig zu sanieren. Nun wird in Kürze der neue Budgetentwurf eingebracht. Und, so viel kann jetzt schon gesagt werden: Es wird mit Sicherheit kein ausgeglichenes Budget sein.

Die Entwicklung von Budgetzahlen, von Arbeitslosigkeit und von Wirtschaftsdaten wird derzeit in erster Linie vom Fortschreiten oder Absinken der Corona-Zahlen determiniert. Insofern geht es für die kommende Herbst- und Wintersaison in erster Linie darum, so gut wie möglich durch eine Entwicklung, deren Verlauf noch völlig im Ungewissen ist, zu steuern – vielleicht steht das Jahr 2021 dann doch recht bald unter dem günstigen Stern eines möglichen Impfstoffes, wie einige Experten prognostizieren.

Landeshauptmann Hermann SCHÜTZENHÖFER

Und auch wenn in diesem Steiermark-Dialog das Thema Arbeit ganz oben auf der Agenda steht: Wir dürfen in dieser Herausforderung durch das Corona-Virus nicht vergessen, was hier das wirklich oberste Anliegen ist: die Gesundheit so vieler Österreicherinnen und Österreicher wie möglich zu schützen. Der Relativismus, der in dieser Diskussion in manchen Bereichen auftritt (wenn etwa behauptet wird, es träfe ohnehin „nur“ Alte und Kranke, die sowieso bald gestorben wären), ist zutiefst unmenschlich und einer hochentwickelten und modernen Gesellschaft nicht würdig.

Das sollte an alleroberster Stelle stets mitbedacht werden.

Und ein wesentliches weiteres Detail noch von meiner Seite: Egal ob es um die Bekämpfung des Virus und seiner Folgen im Bereich der Gesundheit, im Arbeitsmarkt, in der Entwicklung der heimischen Wirtschaft, in der Perspektive für ein gutes Kultur- und Sportleben u.v.a.m. geht, in allem gilt: Wir werden diese Herausforderungen nur dann bewältigen können, wenn kleinliches oder parteipolitisches Geplänkel hier keinen Platz findet.

Das Motto kann nur lauten: Gehen wir diese ungemein großen Aufgaben gemeinsam an!

Zur Aufklärung beitragen, Handlungsempfehlungen geben, an Lösungen mitarbeiten

Gerade in den letzten Wochen und Monaten hat sich gezeigt, wie essentiell Medizin und Wissenschaft sind, um einer globalen Herausforderung, wie der COVID-19 Pandemie, begegnen zu können. Hier ist die Steiermark als Wissenschaftsstandort im internationalen Vergleich sehr gut aufgestellt, was sich in einer Reihe innovativer Entwicklungen und Forschungsprojekte widerspiegelt. So war und ist die Medizinische Universität Graz maßgeblich an einer Reihe von Forschungsaktivitäten beteiligt, die sich mittelbar bzw. unmittelbar mit COVID-19 auseinandersetzen. Generell kann die Med Uni Graz als wichtige Partnerin der Bevölkerung gesehen werden, die sich in ihren drei Kernkompetenzen „Studium & Lehre“, „Forschung“ und „PatientInnenbetreuung“ ganzheitlich um gesundheitliche Belange kümmert.

Es ist natürlich verständlich, dass eine Herausforderung bzw. eine Situation wie der Ausbruch einer weltweiten Pandemie große Unsicherheit und Ängste für alle von uns mit sich bringt. Hier liegt der Auftrag unter anderem auch bei den Universitäten und Hochschulen, durch die Stimme ihrer ExpertInnen zur Aufklärung der Situation beizutragen, Handlungsempfehlungen zu geben und an Lösungen mitzuarbeiten.

Aktuell befinden wir uns, ähnlich wie im Frühjahr dieses Jahres, in einer Zeit, die von Unsicherheit geprägt ist und damit viele Fragen offenlässt. Angesichts der steigenden Zahlen von positiv auf SARS-CoV-2 getesteten Personen in Österreich und der weltweiten Entwicklung der COVID-19 Pandemie ist es sehr unsicher, wie sich die Situation Richtung Jahresende weiterentwickeln wird. Gerade im Herbst und Winter finden viele traditionelle Feierlichkeiten statt, die wohl heuer nicht in der gewohnten Form abgehalten werden können, was nicht zuletzt für viele ältere Menschen eine zusätzliche Belastung darstellt. Wie eine aktuelle Umfrage der Med Uni Graz u.a. gezeigt hat, vermissen vor allem ältere Menschen soziale Kontakte. Auch für Personen, die an psychischen Erkrankungen, wie beispielsweise Depressionen, leiden, ist die derzeitige Situation eine große zusätzliche Belastung.

Auch für die Studierenden der Med Uni Graz, und hier vor allem für die Erstsemestrigen, bedeuten die nächsten Monate eine herausfordernde Zeit. Um die Ausbreitung von COVID-19 bestmöglich bremsen zu können, werden im Wintersemester 2020/21 keine großen Lehrveranstaltungen in Präsenz möglich sein, wie sie traditionell zum Beginn des Studiums am Programm stehen. Diese werden überwiegend durch virtuelle Lehrangebote ersetzt. Wie im Frühjahr werden alle in Präsenz stattfindenden Lehrveranstaltungen unter Einhaltung der festgelegten Sicherheitsmaßnahmen abgehalten. Diese Situation stellte unsere Studierenden bereits im Frühjahr vor die Notwendigkeit, ihre online angebotenen Lehrveranstaltungen selbst zu organisieren, was nach einer kurzen Umstellungsphase auch durchwegs gut gelungen ist. Dennoch ist verständlich, dass unsere Studierenden es vermissen, gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen die Lehrveranstaltungen zu besuchen und sich danach noch im Gespräch auszutauschen. All das gehört schließlich zum typischen „Studentenleben“ dazu.

Ein großer Dank gebührt jenen Studierenden, die im Rahmen ihrer Ausbildung und darüber hinaus im Sinne des sozialen Engagements in der Betreuung von Patientinnen und Patienten mitgewirkt haben, sich beim Roten Kreuz einsetzen, beim Gesundheitstelefon mitarbeiten oder die „Gurgelstudie“ an Schulen unterstützen.

In der Forschung rund um COVID-19 war und ist die Medizinische Universität Graz eine wichtige Partnerin. Mit einer in Österreich einzigartigen Laborinfrastruktur – einem Hochsicherheitslabor der Stufe 3 – beteiligen sich die WissenschaftlerInnen an der Med Uni Graz an einer Reihe von Forschungsprojekten zur Untersuchung des SARS-CoV-2 Erregers bzw. an verschiedenen Wirkstofftests, um der COVID-19 Pandemie begegnen zu können. Auch die Kolleginnen und Kollegen vom Diagnostik- & Forschungsinstitut für Hygiene, Mikrobiologie und Umweltmedizin unserer Universität leisten seit Beginn der Pandemie einen wichtigen Beitrag in der Testung auf COVID-19 sowie in der wissenschaftlichen Bewertung neuer Testverfahren. Ebenso sind die Kolleginnen und Kollegen federführend an der mit Anfang Oktober gestarteten „Gurgelstudie“ beteiligt. Es würde wohl zu weit führen, hier alle Projekte unserer Universität einzeln zu nennen, die insgesamt äußerst wichtige Forschungsergebnisse an den Tag bringen und mit ihrer engagierten Arbeit zum Wohle bzw. zur Gesundheit von uns allen maßgeblich beitragen.

Als Medizinische Universität betrachten wir Gesundheit als unser höchstes Gut. In der täglichen Arbeit setzen wir dies unter anderem in der Mitarbeit in der Betreuung von Patientinnen und Patienten am LKH-Universitätsklinikum Graz um. So haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft m.b.H. in den letzten Wochen und Monaten vor allem auch im Bereich der Betreuung von Patientinnen und Patienten wertvolle Arbeit geleistet.

An dieser Stelle möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Universität meinen großen Dank für ihren unermüdlichen Einsatz um die Gesundheit der Bevölkerung aussprechen und ihnen bereits vorab für ihr Engagement und ihre wertvolle Arbeit in den kommenden Wochen und Monaten danken, da noch ein weiter Weg vor uns liegen wird, bis wir in Österreich bzw. weltweit wieder den Status quo vor Ausbruch der COVID-19 Pandemie erreichen werden. Ich bin jedoch sehr zuversichtlich, dass wir bald wieder ruhigeren Zeiten entgegengehen werden, und kann jedenfalls versichern, dass sich die Medizinische Universität Graz ihrer wichtigen Rolle in dieser Situation bewusst ist und zu einer raschen Rückkehr zur „alten Normalität“ bestmöglich beitragen wird.

Mit voller Wucht: Das Ausnahmejahr 2020 am steirischen Arbeitsmarkt

Das Jahr 2020 wird mit Sicherheit als Ausnahmejahr in die Annalen des Arbeitsmarktservice Steiermark eingehen: Die weltweite Coronakrise hat Mitte März mit voller Wucht am grün-weißen Arbeitsmarkt eingeschlagen und zu heftigen Verwerfungen geführt, mit deren Aufarbeitung wir uns sicherlich noch sehr lange beschäftigen werden müssen.

Einige ausgewählte Zahlen verdeutlichen die beispiellosen Auswirkungen des völligen Lockdowns der heimischen Wirtschaft:

- **Fast 50.000 Anrufversuche** registrierte die ServiceLine, das Inhouse-Callcenter des AMS, alleine am ersten Tag (16. März). In den folgenden Wochen vervielfachte sich das Anrufvolumen und hat sich seitdem auf ungefähr das Doppelte des Vorjahresvolumens eingependelt.
- **26.691 Personen** meldeten sich alleine in den beiden letzten März-Wochen beim AMS als arbeitslos, von 37.307 betroffenen Personen am 15. März schnellte die Zahl auf 63.988 Arbeitslose Ende März. Trotz dieses explosionsartigen Anstiegs der Arbeitslosigkeit binnen weniger Tage gelang es, pünktlich alle Geldleistungen zur Existenzsicherung ausbezahlen.
- **66.970 Betroffene** betrug der historische Höchststand der Arbeitslosigkeit in der Steiermark am Ostermontag Mitte April. Seitdem wurde vor allem im Mai und Juni ein rasantes Absinken beobachtet, in den Sommermonaten flachte sich der Rückgang jedoch ab.
- **Mehr als 14.000 Betriebe** stellten einen Antrag auf Corona-Kurzarbeitsbeihilfe – zweitweise waren bis zu 200 AMS-Mitarbeiter_innen ausschließlich mit der Erfassung und Genehmigung der Begehren beschäftigt. Mehr als 21.000 Kurzarbeitsprojekte wurden bewilligt. Zum Vergleich: Während der Wirtschaftskrise 2008/09 gab es gerade einmal 60 Kurzarbeitsfälle.
- **Über 600 Millionen Euro** wurden bisher an Kurzarbeitsbeihilfe an die Unternehmen ausbezahlt, welche diese für insgesamt mehr als 263.000 Beschäftigte beantragt hatten.

Das AMS Steiermark hat diese enorme Flut an Telefonaten, Mails und Anträgen in für alle belastenden Zeiten mit großem persönlichen Einsatz aller Mitarbeiter_innen bewältigt. Doch von einer deutlichen Entspannung, einem „Normalzustand“, ist der heimische Arbeitsmarkt noch weit entfernt. Ganz im Gegenteil, wir müssen uns auf **schwierige Herbst- und Wintermonate** einstellen. Es ist wieder mit einer höheren Arbeitslosigkeit zu rechnen: Zusätzlich zur saisonalen **Bauarbeitslosigkeit** im Winter bereitet die **Industrie** Sorgenfalten – so wurden bei einigen prominenten steirischen Unternehmen leider auch schon Personalfreisetzungen publik. Auch die Situation im Bereich **Beherbergung und Gastronomie** bleibt für alle Beteiligten herausfordernd, angefangen vom Tourismus in den klassischen Wintersportregionen bis hin zum traditionellen Weihnachtsgeschäft mit Feiern und Bällen. All das hängt natürlich auch mit der sich ständig dynamisch ändernden Corona-Situation im Land zusammen. Anfang des nächsten Jahres wird die Arbeitslosenstatistik noch nicht wirklich aussagekräftig sein, erst ab Mitte 2021 werden wir im direkten Vergleich wirklich gut abschätzen können, wo der steirische Arbeitsmarkt steht.

Die Coronakrise hat auch unsere gewohnten Strukturen und Abläufe im AMS ordentlich durcheinandergewirbelt, vor allem die Verlagerung von persönlichen Vorsprachen der Kund_innen in den Geschäftsstellen hin zu den vorrangigen Kanälen eAMS-Konto, Mail und Telefon. Neben der Sicherstellung der Gesundheit und Sicherheit aller Mitarbeiter_innen und der essentiellen Aufgabe der Existenzsicherung der Betroffenen sind es drei Schwerpunkte, die das AMS Steiermark in den nächsten Monaten intensiv beschäftigen werden: **Kurzarbeit, Vermittlung und Qualifizierung**.

- **Kurzarbeit:** Unklar ist derzeit noch, wie stark die ab Oktober dritte Phase der Kurzarbeit von den Unternehmen angenommen wird. Wir haben mittlerweile eine eigene Abteilung eingerichtet, die sich ausschließlich dieses Themas annimmt, um die steirischen Betriebe und deren Beschäftigte bestmöglich in dieser herausfordernden Zeit zu unterstützen.
- **Vermittlung:** Die neuen coronabedingten Rahmenbedingungen erleichtern unser Kerngeschäft, die Vermittlung von Stellen, nicht gerade. Ganz besonders am Herzen liegt uns dabei die Betreuung und Vermittlung der Jugendlichen. Der Lehrstellenmarkt hat im Frühjahr nicht wie gewohnt stattgefunden, da etwa Schnuppertage in Betrieben oder die Berufsorientierung abgesagt werden mussten. Die Zahl der offenen betrieblichen Lehrstellen hat wieder zugenommen, wir haben die Plätze in der Überbetrieblichen Lehrausbildung aufgestockt – es ist

ganz wichtig, dass die Jugendlichen die sich ihnen bietenden Chancen nutzen und sich zu den dringend benötigten Fachkräften von morgen ausbilden lassen!

- **Qualifizierung:** In der Arbeitsmarktkrise, die uns sicherlich noch Monate beschäftigen wird, ist die berufliche Qualifizierung besonders wichtig – es ist sinnvoll, wenn Arbeitslose aus der Krise klüger herauskommen als sie hineingegangen sind. Mit der bundesweiten „Corona-Arbeitsstiftung“ sowie der gemeinsam mit dem Land umgesetzten „Corona-Stiftung“, einer Kombination aus einer echten Insolvenzstiftung sowie einer Regionalstiftung für Klein- und Mittelbetriebe (KMU), stehen in den nächsten zwei Jahren entsprechende Finanzmittel bereit, um die berufliche Aus- und Weiterbildung von Arbeitslosen und Beschäftigten zu fördern. Die Palette reicht dabei von Facharbeiter-Intensivausbildungen im Metall-, Elektro- und Baubereich und dem Programm „Frauen in die Technik“ über die Zukunftsthemen Digitalisierung und Umwelt bis hin zu Gesundheit und Pflege.

Es gibt also viel zu tun, das auf das Ausnahmejahr 2020 folgende Jahr 2021 wird mit Sicherheit nicht viel leichter werden. Wir im AMS Steiermark krempeln die Ärmel auf, um gemeinsam die aufgrund der Wucht der Coronakrise am steirischen Arbeitsmarkt entstandenen Trümmer zu beseitigen!

Selbstverständlich selbständig: Unternehmerisch aus der Corona-Krise

Im Gegensatz zur großen globalen Wirtschaftskrise 2009, deren Ursprung auf Fehlspekulationen am US-Immobilienmarkt zurückzuführen war und die sich über faule Kredite sowie den Interbankenhandel rasch ihren Weg in die globale Realwirtschaft bahnte und damit einen Nachfrageschock auslöste, zeigt die aktuelle Situation doch wesentliche Merkmalsunterschiede auf. So handelt es sich bei der Corona-Krise um einen, durch die weltweiten Epidemie-Maßnahmen bedingten, gleichzeitigen globalen Angebots- und Nachfrageschock, dem es wirtschaftspolitisch entschlossen entgegenzutreten galt und auch weiterhin gilt. Dank entschlossener Maßnahmen auf Bundes-, Landes- und Sozialpartnerebene ist es gelungen, einen Absturz in Bodenlose zu verhindern. Einige dieser Maßnahmen und die Rolle der WKO Steiermark werde ich kurz skizzieren. Trotz des enormen Einsatzes und entschlossenen Handelns müssen wir dennoch eines feststellen: Der schwerste konjunkturelle Einbruch der jüngeren Wirtschaftsgeschichte konnte nicht gänzlich verhindert werden. Daher gilt es nunmehr auch mittel- und langfristige Wege aus der Krise zu finden und aufzuzeigen, die sogar neue Paradigmen mit sich bringen.

Die WKO und ihre Rolle bei der Krisenbewältigung

Die WKO Steiermark hat grundsätzlich zwei Kernaufgaben: die Beseitigung von unternehmerischen Hürden auf der einen und die aktive Unterstützung unserer Unternehmer auf dem Weg in die Zukunft auf der anderen Seite. 2020 nahm die WKO eine Rolle ein, die sie auch 2009 bereits mit Bravour meistern konnte: die des Krisenbestands der gewerblichen Unternehmer bzw. mit Blickrichtung des Härtefallfonds aller Selbstständigen. Im Zuge der unmittelbaren Krisenintervention gilt es drei Bereiche hervorzuheben, die die WKO Steiermark in besonderem Maße gefordert hat:

Härtefallfonds

Seitens der Bundesregierung wurden wir in der WKO Steiermark beauftragt, den sog. Härtefallfonds, der eingerichtet wurde, um allen Selbständigen rasch eine teilweise fast lebensnotwendige finanzielle Überbrückung zukommen zu lassen, abzuwickeln. Binnen kürzester Zeit wurden dafür intern die Weichen gestellt und 150 MitarbeiterInnen fit gemacht, die in Rekordzeit die einlaufenden Anträge bearbeitet haben. Einige Zahlen dazu:

Eingereichte Anträge Ö:	471 Tsd.
Ausbezahlte Anträge Stmk:	50 Tsd.
Auszahlungssumme Stmk:	53 Mio. Euro

Im Durchschnitt pro Einreichphase ca. 1.100 EUR pro Monat pro Antragsteller, derzeit gibt es 6 mögliche Einreichmonate, die man innerhalb von 9 Monaten wählen kann.

Corona-Kurzarbeit

Auf Sozialpartnerebene ist es uns gelungen, die Kurzarbeit von einem starren und teuren zu einem flexiblen und attraktiven Krisenmodell zu entwickeln, das dazu beigetragen hat, den Arbeitsmarkt zu stabilisieren und eine beispiellose Arbeitslosigkeit zu verhindern. Die Zahlen sind auch in diesem Bereich beeindruckend. So ist es gelungen, auf Basis von raschen Abwicklungsverfahren auf Sozialpartner- und vor allem AMS-Steiermarkebene zwischenzeitig über 14.000 Betriebe und rund 180.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Kurzarbeit zu bringen. Vom geplanten Kurzarbeitshilfenvolumen im Ausmaß von 1,28 Milliarden Euro wurden bisher 569 Millionen Euro an die steirischen Unternehmen ausbezahlt. Aktuell sind 4.400 steirische Betriebe (5.366 Projekte) mit 76.922 Beschäftigten in Kurzarbeit.

Krisenintervention

Zusätzlich zu den operativen Krisen-Service-Maßnahmen hat sich die WKO unermüdlich für ein rasches Wieder-Hochfahren der Wirtschaft und klare Regelungen eingesetzt und ist in diesem Bereich, ob der sich ständig ändernden Sachlage, auch weiterhin voll gefordert.

Wirtschaftspolitische Agenda zur Bewältigung der Krise

Die WKO hat im Laufe der vergangenen Monate auch an einer unmittelbar wirksamen wirtschaftspolitischen Maßnahmenagenda gearbeitet, die wir nunmehr Schritt für Schritt mit unseren Partnern auf Bundes- und Landesebene, seien es die Bundes- und Landesregierung oder die Sozialpartnerorganisationen, in Umsetzung bringen wollen. Diese umfasst vor allem jene Bereiche:

- Vertrauen aufbauen: Vom „Lockdown“ zum „Re-Start“
- Liquidität aufbauen und Investitionen ankurbeln
- Beschäftigung sichern und Konsum stärken

Mittel- und langfristig: mit Selbständigkeit und Eigenverantwortung in die Zukunft

Die wesentlichsten Rohstoffe, die es mittel- und langfristig für eine erfolgreiche Post-Corona-Zeit braucht – davon bin ich zutiefst überzeugt –, heißen Selbständigkeit und Eigenverantwortung. Diese Eigenschaften sind in unserer Gesellschaft derzeit allerdings weder besonders angesagt noch werden sie gebührend gefördert. Das zu ändern, hat sich die WKO Steiermark für die kommenden Jahre als Mission gegeben. Im Folgenden seien einige Denkanstöße dargelegt, was notwendig ist, um die Steiermark zu einem unternehmerischen und eigenverantwortlichen Land zu machen. Eines steht dabei jedenfalls fest: Das Zeitalter der ideologischen Grabenkämpfe gehört der Vergangenheit an. Die Trennlinie zwischen Gewerbeschein und Lohnzettel verlieren zusehends an Bedeutung. Diese verläuft vielmehr zwischen jenen, die selbständig und eigenverantwortlich leben und handeln, und jenen, die ihr Heil in der Komfortzone suchen. Wir sind daher überzeugt: Die wesentlichen Eigenschaften der Zukunft heißen Selbständigkeit und Eigenverantwortung.

Das gesellschaftspolitische Ziel muss folglich lauten, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Menschen auch ermöglichen, selbständig und eigenverantwortlich zu agieren. Denn die Herausforderungen unserer Zeit – gerade auch die derzeitige Krise – brauchen genau jene Menschen, die Komfortzonen verlassen, die Risiken abschätzen, die entscheiden, die unternehmen statt unterlassen. Es braucht Menschen, die Verantwortung übernehmen, nicht nur für sich selbst, sondern auch für ihr Umfeld.

Was es braucht, um Selbständigkeit und Eigenverantwortung zu verankern

Wir sind überzeugt, dass es nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch allerorts unternehmerische Menschen braucht. Sei es in Schulen oder an den Unis, in Krankenhäusern und gemeinnützigen Einrichtungen, auch in Gewerkschaften sowie in allen anderen Lebensbereichen. Denn Selbständigkeit und Eigenverantwortung beginnen mit der Schultüte, nicht mit dem Gewerbeschein. Diesen unternehmerischen Spirit gilt es zu fördern. Einige Ideen und Ansatzpunkte dazu:

- **Bildung braucht Persönlichkeit**
Kinder sind von Natur aus wissbegierig. Diese Eigenschaft gilt es zu erhalten. Zum einen braucht es dazu LehrerInnen, die nicht nur Wissen vermitteln, sondern ihre SchülerInnen für einen Themenbereich begeistern. Zum anderen sind Eltern gefordert, ihren Kindern jene Freiräume zu geben, die für die Entfaltung ihrer Persönlichkeit notwendig sind.
- **Individuelle Stärken und Talente entdecken**
Ab der zehnten Schulstufe sollte es mehr individuelle Wahlmöglichkeiten geben, welche Unterrichtsfächer besucht werden. Diese Spezialisierung fördert die persönlichen Stärken von Kindern und Jugendlichen und fordert selbstbestimmte Entscheidungen. Die Entdeckung der Talente und Stärken kann zielgerichtet durch das Talentcenter der WKO begleitet werden.
- **Perspektivenwechsel – für LehrerInnen!**
LehrerInnen kennen das Schulsystem so gut wie sonst niemand – von innen. Ein Perspektivenwechsel nach außen kann neue Impulse bringen. Daher sollten LehrerInnen außerhalb ihres gewohnten Umfelds Arbeitserfahrung nicht nur sammeln können, sondern vielmehr sammeln müssen.
- **Heute existentiell: Die Wirtschaft verstehen**
In einer hochgradig ökonomisierten, globalisierten Welt ist es erforderlich, grundlegende wirtschaftliche Zusammenhänge zu verstehen. Daher ist der Wirtschaftsunterricht in der Schule unerlässlich – und zwar nicht als Nebenerscheinung von Geographie.
- **Flächendeckend notwendig: Ganztagschule**
SchülerInnen, die eine verschränkte Ganztagschule besuchen, zeigen mehr Motivation und Selbstwertgefühl. Gleichzeitig lernen sie besser, sich selbst zu organisieren. Diese Eigenschaften ebnen den Weg zu mehr Selbstständigkeit.

Selbstverständlich selbständig

Nur durch unternehmerisches Tun lässt sich unser Wohlstand auf Dauer erhalten und ausbauen. UnternehmerInnen zu fördern (durch Angebote, die ihnen Service und Sicherheiten bieten), zu fordern (durch Impulse und Innovation) und ihnen Hindernisse aus dem Weg zu räumen (durch eine zukunftsgerichtete Interessenpolitik) – das ist für uns Antrieb und Auftrag. Die generelle Verankerung von Eigenschaften wie Selbständigkeit und Eigenverantwortung jedoch macht das Beschreiten neuer, mutiger Wege sowie einer neuen Mission erforderlich. Die Mission der WKO Steiermark lautet daher für die nächsten Jahre: selbstverständlich selbständig aus der Krise.

Der wirksamste Weg, um diese Mission erfolgreich in Umsetzung zu bringen, ist ein fruchtbringender Dialog zwischen Wirtschaft und Politik. Die ersten Ideenansätze und Denkanstöße liegen vor, um einen solchen Dialog zu beflügeln und die entsprechenden Handlungsanleitungen aufzuzeigen. Mit der neuen Landesregierung haben wir, davon bin ich persönlich überzeugt, einen starken und verlässlichen Dialog- und Umsetzungspartner an der Hand, der die Rahmenbedingungen für ein unternehmerisches Land schaffen kann. Machen wir gemeinsam die Steiermark als (Wirtschafts-) Standort krisen- und zukunftsfit und bringen wir den unternehmerischen Spirit zur Entfaltung. „Krise ist ein produktiver Zustand. Man muss ihm nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen“, hat Max Frisch einst angemerkt. Nehmen wir die Herausforderung an, leiten wir einen Paradigmenwechsel ein und lassen wir der Wirtschaft Flügel für den Re-Start wachsen.

Ambitioniertes Investitionsprogramm notwendig

Die mehrfach vertretene These, dass die Corona-Pandemie die größte Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst hat, ist keine Übertreibung. Dabei handelt es sich bei dieser These nur um ein Zwischenfazit nach rund einem halben Jahr. Derzeit kann niemand abschätzen, wie lange die restriktiven Maßnahmen beibehalten werden müssen, um die Pandemie im Zaum zu halten und unser Gesundheitssystem nicht zu überlasten.

Derartige Maßnahmen wirken sich zwangsläufig negativ auf die Wirtschaft und insbesondere auf den Arbeitsmarkt aus. Der Lockdown in der Frühphase der Pandemie und die auch danach bestehenden Beschränkungen des öffentlichen Lebens haben bereits tiefe Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Nun besteht die Gefahr, dass sich die sprunghaft gestiegene Arbeitslosigkeit verfestigen wird, zumal ein weiterer Personalabbau nach dem Ende der Kurzarbeit und eine Insolvenzwelle nach Auslaufen der Corona-Hilfen zu befürchten ist. Von einer Verfestigung der Arbeitslosigkeit geht auch das Wirtschaftsforschungsinstitut in seinem Konjunkturbericht von September aus. Eine zumindest temporäre Erhöhung des Arbeitslosengeldes wäre die logische Konsequenz.

Es ist also absolut notwendig, dass die Politik zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie über die beschlossenen Hilfspakete hinaus ein ambitioniertes Investitionsprogramm startet. Denn wenn Unternehmen ums Überleben ringen und ArbeitnehmerInnen zutiefst verunsichert sind, werden sie weniger investieren bzw. konsumieren. In dieser Situation muss der Staat einspringen und Zukunftsinvestitionen vorziehen. Öffentlich finanzierte Investitionen – beispielsweise in die Infrastruktur und den Klimaschutz – schaffen nicht nur direkt Beschäftigung, sondern lösen weitere Investitionen durch Private aus. Damit würden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.

Die Pandemie trifft den Arbeitsmarkt vor dem Hintergrund der Klimakrise und der fortschreitenden Digitalisierung in einer Phase des Umbruchs. Die Pandemie hat den Prozess der Digitalisierung der

Arbeitswelt sogar noch beschleunigt. Es liegt auf der Hand, dass das Zusammentreffen der Faktoren Klimakrise und Digitalisierung, verstärkt und beschleunigt durch die Pandemie, zu erheblichen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt führen wird.

Der digitale Wandel wird in bestimmten Bereichen die menschliche Arbeitskraft ersetzen. Es muss auf jeden Fall verhindert werden, dass diese Tendenz zu höherer Arbeitslosigkeit führt. Eine Bildungsoffensive mit dem Ziel, die ArbeitnehmerInnen fit für eine digitalisierte Arbeitswelt zu machen, ist daher ein Gebot der Stunde.

Es wird aber auch notwendig sein, die Arbeitsmarktpolitik ohne Scheuklappen neu zu denken. Das betrifft etwa die Verteilung der Arbeit. Nicht aus dem Auge verloren darf auch die Finanzierung des Sozialstaates werden, der sich gerade in der Pandemie bewährt hat. Wenn zusätzliche Wertschöpfung durch den Einsatz neuer Technologien oder künstlicher Intelligenz erzielt wird, muss auch über Alternativen zur lohnsummenabhängigen Finanzierung der sozialen Sicherheit nachgedacht werden. Und noch etwas hat uns die Pandemie vor Augen geführt, nämlich die Problematik der internationalen Verflechtungen einer globalisierten Wirtschaft. Ein abschreckendes Beispiel ist die Produktion von Antibiotika, bei der Europa praktisch zu 100 % von China abhängig ist. Hier ist die europäische Politik gefordert, derartige Abhängigkeiten zu verringern.

Von den Auswirkungen der Pandemie kann sich auch die steirische Wirtschaft – und mit ihr der Arbeitsmarkt – nicht entkoppeln. Die grundsätzlichen Voraussetzungen für eine mittelfristige Erholung scheinen jedoch gegeben. Mit einer hohen F&E-Quote, mit Weltmarktführern in Nischenproduktionen ist es immer wieder gelungen, gestärkt aus einer Krise hervorzugehen. Aufgabe der Politik ist es, diese Stärken zu unterstützen. Insbesondere gilt es, die Weichen in Richtung klimafreundlicher Mobilität und klimafreundlicher Energie zu stellen und gezielt zu fördern. Besonders hohe Verantwortung trägt die Landespolitik, wenn es darum geht, im Kern gesunde, durch die Pandemie aber unschuldig zum Handkuss gekommene Klein- und Mittelunternehmen im Gewerbe und in der Tourismusbranche sowie deren MitarbeiterInnen durch gezielte Wirtschaftsförderungsmaßnahmen vor einer Insolvenz zu schützen.

In die Zukunftsausrichtung arbeitgebender Unternehmen investieren

Wir danken sehr herzlich für die Initiierung eines Dialoges zu Themen, die die Menschen gerade in Zeiten wie diesen in der Steiermark bewegen. In Ausnahmezeiten ist die Suche nach gemeinsamen Wegen von Kirche, Politik, Wirtschaft und Sozialpartnern von eminenter Bedeutung. Ein wertschätzendes Miteinander auf vertrauensvoller Basis kommt uns bei diesem Dialog und den kommenden Schritten besonders zugute.

Die Lage ist ernst, der Handlungsbedarf ist groß, die Dringlichkeit hoch. Wirtschaftlich, damit am Arbeitsmarkt, wird definitiv das zweite Halbjahr 2020 herausfordernder als es das erste war.

Es geht um viel. Um den Wohlstand, den sozialen Frieden und die Zuversicht, wieder mutig voranzugehen.

Die Steiermark, wir alle, die an diesem Dialog teilnehmen, sind und fühlen uns untrennbar miteinander und mit den Menschen in der Steiermark verbunden. Im Sinne der steirischen Industrie: Alles, was wir erforschen, entwickeln und produzieren, tun Menschen für Menschen.

Ein zentrales Anliegen der Menschen, nämlich jenes nach „sicherer Arbeit“ und damit nach Sinnstiftung und Wohlstand, hat in den letzten Monaten durch die COVID 19-Pandemie sowie schon davor durch die Klimasituation ganz neue Dimensionen bekommen. Zwei weltweite Krisen stellen das so gut eingespielte Gefüge der Systeme in Frage. Das ökologische, das soziale, das wirtschaftliche sowie jenes der Staatengemeinschaften.

Durch die Corona Krise hat der paradigmatische Wandel unter anderem der Wirtschaft eine unübersehbare Beschleunigung erfahren. Heute ist der Zeitpunkt, über den wir in einigen Jahren rückblickend sagen wollen: „Ja, wir haben die Chancen genutzt. Wir haben das Richtige getan!“

Ich bin überzeugt davon, dass wir die beste Basis haben, um zu diesem Schluss zu kommen.

Wir sind mit der Steiermark alle zusammen in einem soliden Boot unterwegs. Gesteuert von Menschen, Teams und Gemeinschaften, die sich durch Kooperationswillen, gegenseitiges Vertrauen und den Glauben an die Gestaltung einer positiven Zukunft auszeichnen. Wir konnten es uns in der Vergangenheit leisten, beim Navigieren nicht immer in eine gemeinsame Richtung zu sehen. Die See und ihre Unwägbarkeiten waren letztlich überschaubar.

Es liegt mir fern, schwarzzumalen, aber dieses Boot steht nun im Auge eines gigantischen Orkans. Der erste Sturm des Frühjahrs ist überwunden, der Orkan steht in allen Richtungen vor uns. Von Seiten der Industrie wird sich in den kommenden Wochen und Monaten das Ausmaß der Reduktion von Auftragseingängen für das Jahr 2021 zeigen. Vieles deutet auf dramatische Einbrüche hin, die sich leider auch auf die Beschäftigung in der Steiermark auswirken werden.

Im Vergleich dazu ist es momentan noch windstill. Ruhig genug, um gemeinsam besonnen, mit Klugheit und entschlossener Tatkraft anzupacken und möglichst in eine Richtung zu denken – und zu überlegen, wie unser Boot noch ausgestattet werden muss. Dann können wir gerüstet sein, schnell, flexibel und anpassungsfähig durch die unberechenbaren Stürme der kommenden Monate und Jahre zu navigieren.

Was sollten wir tun?

Vorab, trotz der bedrückenden Situation sind umso mehr Herzlichkeit, Lebensfreude, Geduld statt Druck, Besonnenheit, Klugheit und entschlossene Tatkraft (*) eine wesentliche Basis für das kommende verantwortungsvolle Wirken.

Unsere steirische Industrie ist im weltweiten Vergleich bestens aufgestellt, innovativ und in hohem Masse anpassungsfähig. Angesichts des Ausmaßes dieser Krise werden diese Vorzüge alleine für eine rasche Erholung nicht reichen. Daher ist zu bedenken:

- Die Mittel, die in einem Ausmaß wie nie bereitgestellt werden, müssen in neue Geschäftsmodelle und in die Zukunftsausrichtung von arbeitgebenden Unternehmen investiert werden. Diese Geschäftsmodelle sind nicht in dem Sinn neu, dass sie erst erfunden werden müssten, sie müssen als bereits entwickelte, neue Modell in den Unternehmen implementiert werden.

- Wir müssen dafür die Digitalisierungsdynamik in der Steiermark extrem verstärken. Dies ist die Basis, um Neues schaffen zu können. Digitalisierung ist freilich ein enorm breiter Begriff und wohl auch ein enorm breites Handlungsfeld für die Steiermark, das von eben neuen Geschäftsmodellen, über digitale Behörden bis hin zur Bildung und zur Qualifizierung reicht. Eines aber ist für all diese Bereiche sicher: Ohne leistungsfähige Infrastruktur können wir nicht durchstarten.
- Wir müssen in zukunftsweisende Richtung investieren. Allen voran die Digitalisierung und der Green Deal der EU geben zwei dieser Richtungen vor. Die steirische Industrie ist in der Vergangenheit im Umweltbereich enorm eigeninitiativ gewesen und kann so Tag für Tag einen hohen globalen Impact erzielen. Durch den weitweiten Einsatz der Produkte der steirischen Industrie, zum Beispiel steirische Schienen oder Anlagen, konnte 2017 die schier unglaubliche CO₂-Reduktion von 550 Megatonnen im Vergleich zum industriellen Standard erzielt werden. Das entspricht den Emissionen von ganz Kanada. Forschung und Entwicklung sind die unabdingbare Grundlage für Innovation, Effizienz, positive Klimaeffekte, aber eben auch für Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand in der Steiermark.

Wir benötigen daher einen bundes- wie auch landespolitisch vorgegebenen Rahmen, der dem geänderten Umfeld Rechnung trägt. Das Programm der Steirischen Landesregierung bietet hierfür eine Fülle von bestens geeigneten Ansätzen. In Teilbereichen ist nun nur eine ungleich schnellere Umsetzung von entscheidender Bedeutung.

Den Wandel aktiv vorwärts zu treiben, bedeutet, nicht mehr Tragfähiges loszulassen. Die Kräfte für die Gestaltung des Neuen zu bündeln. Das gilt auch für öffentliche Strukturen und öffentliche Haushalte. Ehrlichkeit und Konsequenz sind dabei zentrale Qualitäten, auch wenn manchmal unpopuläre Entscheidungen zu treffen sind.

Insgesamt bin ich sicher, dass wir einen Weg durch die Krise finden werden, weil wir diesen gemeinsam, unter gegenseitiger Rücksichtnahme, aktiv gestalten werden. So finden wir dann auch den Weg aus der Krise und können den Menschen im Land Steiermark wieder kraftvolle Zuversicht schenken.

(*) aus dem Hirtenwort der österreichischen Bischöfe zum Pfingstfest 2020

Umfangreiche Maßnahmen gegen Massenarbeitslosigkeit sind notwendig

Im Herbst 2020 blickt die Steiermark auf ein ereignisreiches letztes Halbjahr zurück, das ganz ohne Frage durch das Auftreten des Coronavirus entscheidend geprägt war. Das hat ungeheure Herausforderungen für unser Gesundheitssystem bedeutet, die aber auch weitestgehend gut bewältigt wurden. Die weitere Entwicklung in den kalten Monaten lässt sich aus heutiger Sicht noch nicht sehr gut abschätzen. Viele ExpertInnen erwarten steigende Infektionsraten, doch ist andererseits die Steiermark auch gut gerüstet, um die Krankheit zu bekämpfen.

Lob und Anerkennung

Krankenschwestern, Pfleger, ÄrztInnen haben Hervorragendes geleistet, dem gesamten medizinischen Personal gebührt unser Dank. Selbiges gilt für die Angehörigen vieler weiterer Berufsgruppen, die man gar nicht alle aufzählen kann: Verkehrsbedienstete, Handelsangestellte, die gesamte Ver- und Entsorgung, ExekutivbeamtInnen, ProduktionsarbeiterInnen und viele andere mehr. Sie haben die Steiermark in der Krise vorbildlich am Laufen gehalten. Manche hatten ein erhöhtes Infektionsrisiko bei ihrer Tätigkeit in Kauf zu nehmen, andere hatten einen deutlich erhöhten Arbeitsaufwand, und sehr viele Personen mussten sich um die Gesundheit ihrer nahen Angehörigen Sorgen machen. Aus diesem Grund spricht der ÖGB Steiermark all diesen ArbeitnehmerInnen seinen Dank aus. Wir kämpfen dafür, dass diese Anerkennung auch in einer Corona-Prämie ihren Ausdruck findet, was uns in verschiedenen Sparten auch schon gelungen ist.

Hauptgefahr Massenarbeitslosigkeit

Die gesundheitliche Thematik wurde entschlossen angegangen, und auch die Gefahr der Arbeitsverluste wurde schnell erkannt. Daher gelang es den SozialpartnerInnen bereits im März, ein

Kurzarbeits-Paket zu schnüren, um Arbeitslosigkeit zu verhindern sowie den Firmen das Know-how ihrer MitarbeiterInnen zu erhalten. Wenn man bedenkt, dass in Österreich zeitweise mehr als 1,3 Millionen ArbeitnehmerInnen in Kurzarbeit waren, wird deutlich, wie wichtig dieses Kurzarbeitsmodell war und ist. Ohne Kurzarbeit hätte die Arbeitslosigkeit schnell ungekannte Ausmaße erreicht.

Trotzdem ist die Gefahr der Massenarbeitslosigkeit in keiner Weise gebannt. Es kam in der Krise zu erheblichen Arbeitsplatzverlusten, mit Sorge blicken wir den saisonalen Rückgängen entgegen, und leider kommen nun von verschiedenen Firmen weitere negative Meldungen. Äußerst schmerzhaft sind die uns allen bekannten Fälle Magna Powertrain, Andritz, ATB und voestalpine. Von bloßen Einzelfällen kann in keiner Weise die Rede sein. Es gibt auch die Gegenbeispiele von Firmen, die investieren, aber insgesamt ist die Lage schwierig. Aus diesem Grund ist es für Österreich und für die Steiermark absolut notwendig, die Arbeitslosigkeit als Problem Nummer 1 zu identifizieren und mit äußerster Entschlossenheit zu bekämpfen.

Wir hatten schon vor der Krise Arbeitslosenzahlen, die für hunderttausende persönliche Tragödien standen, jetzt aber steht zu befürchten, dass es viele Gruppen auf dem Arbeitsmarkt immer schwerer haben werden. Hier ist insbesondere die Gefahr der Verfestigung von Langzeitarbeitslosigkeit zu nennen wie auch die Probleme, die auf die jungen Menschen in der Steiermark zukommen. Einerseits ist die Lehrstellensuche sehr erschwert, andererseits auch die Chancen auf einen guten Berufseinstieg.

Umfangreiches Maßnahmenbündel gefordert

Die Komplexität und Größe des Problems verlangt ein gemeinsames Vorgehen aller VerantwortungsträgerInnen. Die bisherigen Maßnahmen auf Bundesebene sind nicht ausreichend. So weiß man etwa über die geplante Arbeitsmarktstiftung noch sehr wenig, und auch gegen die Lehrstellenlücke muss viel mehr getan werden. Mit Sicherheit wird es ein starkes Investitions- und Beschäftigungspaket brauchen und ebenso eine ganz große Qualifizierungsinitiative.

Viele Menschen haben ihr ganzes Arbeitsleben fleißig gearbeitet, bis sie wegen Corona gekündigt wurden. Wir müssen uns als Gesellschaft für diese Menschen einsetzen und sie nicht am Rand stehen

lassen. Dazu gehört ein Nachdenken über alle Möglichkeiten, die Arbeitsplätze schaffen. Dazu gehört auch eine seriöse Diskussion über die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf einen größeren Personenkreis, wie es zum Beispiel durch Arbeitszeitverkürzung oder das Solidaritätsprämienmodell geschehen kann.

Ausblick

Viele sagen, dass die Steiermark bisher sehr gut durch die Krise gekommen ist, ebenso viele meinen, dass wir in der Steiermark gut zusammengehalten haben. Das kann uns auch für die Zukunft gelingen, aber dafür müssen wir die Arbeitslosigkeit mit aller Macht bekämpfen!

Biökonomie schafft Arbeitsplätze

Arbeitschancen durch Bioökonomie und Regionalität

Wer regionale Lebensmittel kauft, stärkt unsere heimischen Familienbetriebe, schützt die Umwelt durch kurze Transportwege und die Wertschöpfung bleibt im Land! Das bestätigt nun eine neue Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) im Auftrag der Landwirtschaftskammer Österreich. Die Studie belegt ganz klar die Systemrelevanz der heimischen Landwirtschaft und den Trend zu regionalen Lebensmitteln. Immer mehr Konsumentinnen und Konsumenten wollen wissen, woher die Produkte stammen, und legen auf heimische Lebensmittel wert.

Das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO hat in einem ersten Schritt die gesamte Wertschöpfungskette von Agrargütern und Lebensmitteln in Österreich erstmals bis auf Bezirksebene erhoben. 2018 waren mehr als 413.000 Personen in der Wertschöpfungskette beschäftigt und die Brutto-Wertschöpfung betrug 18 Mrd. Euro. Im Verhältnis zur Volkswirtschaft insgesamt betrug der Anteil der Beschäftigten 9,2 % (davon 3 Prozentpunkte in der Landwirtschaft) und der Anteil der Wertschöpfung 5,2 % (davon 0,9 Prozentpunkte der Landwirtschaft). Im zweiten Schritt wurde eine Modellanalyse durchgeführt. Dabei reduziert die Studie die Importe von Agrargütern und Lebensmitteln um 1 % und füllt die entstehende Lücke durch heimische Produkte. Danach werden die Folgen für die Landwirtschaft, die vor- und nachgelagerten Bereiche und schließlich für die Volkswirtschaft insgesamt berechnet. Das Ergebnis: 1 % mehr Nachfrage nach inländischen Agrarrohstoffen und Lebensmitteln entspricht der Produktion im Agrarsektor von 28 Mio. Euro und in der nachgelagerten Verarbeitung von 88 Mio. Euro, insgesamt also 116 Mio. Euro. Durch die Produktionsausweitung in der Landwirtschaft wächst in den vorgelagerten Branchen die Wertschöpfung um 70 Mio. Euro, wodurch 2.100 Beschäftigte ausgelastet sind. Verringert man auch die Importe von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren um 1 %, ersetzt diese durch heimische Produkte und kombiniert das Ergebnis mit dem vorigen Szenario, so reagiert die Volkswirtschaft mit einer Steigerung der Wertschöpfung um 141 Mio. Euro, womit rund 3.100 Beschäftigte verbunden

sind. Vergleichbare Effekte sind auch zu erwarten, wenn stattdessen die Exportnachfrage steigt. Sinkt die Nachfrage nach Agrargütern um 1 % und verwendet beziehungsweise konsumiert man stattdessen importierte Güter, so wirkt sich das spiegelbildlich negativ für die Volkswirtschaft aus.

Wertschätzung braucht auch Wertschöpfung

Die Lebensmittel haben einen hohen Wert, gerade in Krisenzeiten, aber oft nur einen niedrigen Preis. Bäuerinnen und Bauern brauchen bessere Preise für ihre hochwertigen Produkte und einen höheren Anteil an der Wertschöpfungskette. Um mehr am Markt zu Erlösen, muss man der Landwirtschaft jedoch die Chance dazu geben und die Weichen auf EU-Ebene richtigstellen: So müssen für Übersee-Importe dieselben Regeln gelten wie für die EU-Bauern, und in der Gemeinsamen Agrarpolitik oder beim Green Deal brauchen wir praxistaugliche Regeln. In Österreich müssen wir in optimal organisierten Branchen vermehrt auf Qualitätsprogramme und Markenstrategien setzen, die einen Teil der Wertschöpfung wieder zurück in bäuerliche Hände bringen. Konsumentinnen und Konsumenten können aber nur dann bewusst die regionale Qualität wählen, wenn die Herkunft der Lebensmittel auch transparent und klar gekennzeichnet ist. Daher muss die im Regierungsprogramm verankerte Kennzeichnung von Lebensmitteln im Verarbeitungsbereich und in der Gemeinschaftsverpflegung rasch umgesetzt werden.

Bioökonomie schafft Arbeitsplätze

Unser gesamtes Wirtschaftssystem baut noch immer auf der Verwendung fossiler Rohstoffe auf. Doch darin liegt auch die Hauptursache der Klimakrise. Sowohl die Land- als auch die Forstwirtschaft ermöglichen mit der Bioökonomie den Wechsel von fossilen zu nachwachsenden Rohstoffen und somit zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise. Das eröffnet zahllose neue Chancen für Bäuerinnen und Bauern, für Wirtschaft und Industrie und für Arbeitsplätze. Bioökonomie ist darüber hinaus das wirksamste Mittel gegen den Klimawandel. Diese Umorientierung in Richtung Nachhaltigkeit verlangt jedoch nicht nur technische Neuerungen, sie braucht auch neue steuerliche Rahmenbedingungen. Die Bioökonomie wird Warenströme und Zusammenarbeit zwischen Branchen grundlegend verändern. Für uns ist es unabdingbar, dass Land- und Forstwirtschaft als vollwertiger Partner in diese neue nachhaltige Wirtschaftsweise eingebunden ist. Rohstoffproduzenten sind wichtig und

liefern die Grundlage für jegliche erfolgreiche Bioökonomie. Das ist entsprechend in den Regelwerken zu verankern. Es gilt weiter, neue Verwertungspfade und somit neue Märkte für land- und forstwirtschaftliche Roh- und Reststoffe mit der dazugehörigen Lager- und Logistik-Technologie auf- und auszubauen und so die Wertschöpfungstiefe auf Seite der Rohstoffproduzenten zu erhöhen.

So hat das Wirtschaftsforschungsinstitut festgestellt, dass die stoffliche Verwertung von für die Nahrung nicht verwertbarem Getreide mehrfachen Nutzen stiftet: So spart Ethanol aus Getreide 400.000 Tonnen CO₂-Äquivalent ein. Weiter erhöhen die direkten und indirekten Auswirkungen der Getreide-Verarbeitung die Wertschöpfung um nahezu 850 Mio. Euro. Damit sind fast 7.000 Arbeitsplätze verbunden. Werden in Zukunft, so eine weitere Modellrechnung des WIFO, 190.000 Tonnen Plastik auf Grundlage pflanzlicher Rohstoffe produziert, so ersetzt das nicht nur dieselbe Menge an fossilem Rohstoff, es steigt damit auch die Wertschöpfung um annähernd eine halbe Milliarde Euro und es entstehen zusätzlich 5.000 Arbeitsplätze.

Bioökonomie schafft auch im Forst- und Holzbereich Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Das reicht von den Waldbauern und Maschinenringern über die Sägewerke, die Zellstoff- und Papierindustrie bis hin zum Holzbau, zur Wärme- und Stromerzeugung und zur chemischen Industrie bzw. auch bis zur Textilindustrie, der Verpackungswirtschaft, der Erzeugung von Kosmetikprodukten bzw. von Nahrungsergänzungsmitteln. Der dafür benötigte Rohstoff Holz wächst nachhaltig nach; in Österreich jährlich mehr, als genutzt wird.

Der öffentliche Sektor als Vorbild

Um auch in diesem Bereich den Umstieg auf eine nachhaltige Ökonomie zu beschleunigen, kann die öffentliche Hand als Vorbild dienen und ihre Gebäude in Holzbauweise errichten. Ebenfalls vorteilhaft wäre es, wenn im Förderungsregime bei Sanierungen natürliche Dämmstoffe den Vorrang genießen würden. Schließlich ist es unabdingbar, dass rasch praxistaugliche Nachfolgetarife für Holzkraftwerke beschlossen werden, denn aktive Klimapolitik und der Weg aus dem fossilen hin in ein nachhaltiges Wirtschaftssystem dürfen keine leeren Worthülsen bleiben. Beim Einsatz heimischer Biomasse zur Wärmeversorgung werden fossile Energieimporte ersetzt und gleichzeitig wird die

regionale Beschäftigungsintensität erhöht. Der größte Unterschied zwischen Bioenergie und fossilen Energieträgern liegt in der heimischen Wertschöpfungs- und Beschäftigungskette, die von der Waldpflege über den Holztransport, die Produktion von Scheitholz und Hackgut bis vor den Ofen oder Heizkessel regional beschäftigungs- und wertschöpfungswirksam ist. Um ein Terajoule (TJ) Holz (das entspricht ungefähr 114 Festmetereinheiten) vom Wald über verschiedene Zwischenschritte und ein Nahwärmesystem letztlich als Wärme bis zum Kunden zu bringen, sind ungefähr 168 regionale Arbeitsstunden notwendig. Die Arbeitsstunden variieren je nach Heizsystem und nach der Art der dafür erforderlichen Brennstoffbereitstellung. Für ein TJ Brennholz, das in einem Scheitholzkessel verbrannt wird, sind 143 direkte regionale Arbeitsstunden notwendig. Der Betreiber einer Ölheizung sichert hingegen etwa 21 direkte regionale Arbeitskräftestunden pro TJ, „Gasheizer“ in etwa zehn.

Sechs Herausforderungen aus Sicht der Caritas

Die Caritas hat breite Erfahrungen mit Lebenssituation von Menschen, wo sich von einem Tag zum anderen vieles, manchmal alles ändert. Das Leben ist plötzlich ganz anders, als man geplant und sich das vorgestellt hatte. Der Arbeitsplatz ist weg, die Wohnung muss geräumt werden, die Beziehung ist zerbrochen, eine Krankheit tritt auf, unvorhergesehene Kosten fallen an oder, oder, oder. Vielleicht ist es der Caritas deswegen ganz gut gelungen, in der ersten Phase der Pandemie mit der weitgehend anderen Situation gut umzugehen und viele Einrichtungen weiterzuführen oder auszubauen. Das galt für die Pflege, aber auch für die Obdachloseneinrichtungen, die innerhalb eines Tages auf 24-Stunden-Betrieb umgestellt wurden, oder für den Ausbau der Lebensmittelausgaben und der Existenzberatung, damit vorhandene Notsituationen rasch gemildert werden konnten. Ganz ähnlich wollen wir bei einer weiteren Verschärfung der Situation unsere Arbeit fortsetzen. Erleichtert wurde unser Reagieren in der ersten Phase, weil wir lange keine Corona-Cluster hatten. Es hat sich aber in den letzten Wochen auch gezeigt, dass wir ganz gut in der Lage sind, nach einigen Stunden des Schreckens, größere Cluster gut zu bewältigen. Auch wenn vieles in konkreten Problemstellungen gut bearbeitet werden konnten und kann, möchte ich sechs Herausforderungen benennen, die uns beschäftigen.

- 1) Verlust an menschlichen und kulturellen Begegnungen. Auch wenn manche Beobachtungen eines lebendigen Betriebs in Szenevierteln oder bei Einkaufszentren einen anderen Eindruck vermitteln, gibt es für viele einen Rückzug in das Private, deutlich weniger Kontakte, weniger Besuche und ein hohes Maß an Einsamkeit. Viele Dorf- und Pfarrfeste, Kultur- und Sportveranstaltungen wurden abgesagt, Gottesdienstbesuche deutlich reduziert, Vereinszusammenkünfte finden nicht statt, Chor- und Musikproben sind weitgehend abgesagt. Das alles gefährdet Kontaktnetze und trägt dazu bei, dass die ohnehin vorhandene Segmentierung der Gesellschaft (Blasenbildung) weiter verschärft wird. Ebenfalls bemerkbar ist, dass Freiwillige in der Caritas nicht mehr so zur Verfügung stehen können, wie es eigentlich

sinnvoll und notwendig wäre (z. B. in Pflegeheimen, in denen sie gerade jetzt wichtig wären). Ich gehe nicht davon aus, dass mit einem Ende der Pandemie sehr rasch das frühere Niveau der Kontaktdichte und der Veranstaltungen erreicht werden kann.

- 2) Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind deutlich spürbar. Die Anzahl der Menschen, die sich bei uns meldet, weil sie Arbeit suchen, ist deutlich steigend, und es sind vor allem Zielgruppen, die kaum Chancen am ersten Arbeitsmarkt haben. Ältere Menschen, die noch nie arbeitslos waren, junge, die den Zustieg suchen oder Menschen mit Migrationshintergrund. In Erwerbsarbeit zu sein, bedeutet Sinnstiftung, Anerkennung, Verbesserung der Lebenschancen, Kommunikation mit anderen Menschen. Arbeitslosigkeit bedeutet Beschleunigung von Einsamkeit. Da braucht es ganz breite und weitgehende Programme, damit wir eine Verfestigung in der Arbeitslosigkeit verhindern und Menschen nicht die Perspektive für ein halbwegs gutes Leben verlieren. Ein Schlüssel dafür wären Programme, die in Zusammenarbeit mit Unternehmungen mithelfen, dass die Nähe zu normaler Erwerbstätigkeit gesichert wird. Denn: Beschäftigungsprojekte sind ungemein wichtig: Rampe für erneuten Zugang zum ersten Arbeitsmarkt. Sie machen allerdings nur für begrenzte Zeit Sinn.
- 3) In der Caritas wissen wir, dass eine nicht so kleine Gruppe der Gesellschaft ihr Leben auf den „letzten Zacken“ plant und gestaltet. Das heißt, jeder Euro ist verplant und es geht sich, wenn nichts passiert, gerade aus. Das betrifft nicht nur Menschen mit ganz geringem Einkommen, sondern geht auch weit in die Mittelschicht. All diese Menschen erleben nun, dass ihre Systeme zusammenbrechen und sie Probleme haben, die alltäglichen Ausgaben zu bestreiten. Die Stundungen von Mieten und Ratenzahlungen waren durchaus verständlich, aber sie schaffen auch ein Problem, dass gerade diese Gruppen nichts angespart haben und die nun erhöhten Ausgaben nicht abdecken können. Da braucht es mehr Mittel für Einmalzahlungen und ein gutes Zusammenwirken aller Einrichtungen, damit nicht die einen mehrfach etwas bekommen und andere übersehen werden.
- 4) In der Pflege wird vor allem der Mangel an Pflegekräften benannt, was natürlich richtig ist. Genauso große Sorgen macht mir allerdings auch, dass wir über die letzten Jahrzehnte sehr viel investiert haben, um den Pflegewohnhäusern den Schrecken zu nehmen und sie zu persönlichen

und vertrauten Wohnsituationen mit vielen Kontakten und Angeboten zu entwickeln.

Pflegewohnhäuser sind Orte des Kontaktes und der Kommunikation. Einsamkeitshintanhalter für viele Menschen, die in ihrer privaten Lebenssituation kaum mehr Kontakte hätten. Vieles davon ist gefährdet und wir müssen sehr achtsam sein, damit es da keine nachhaltigen Rückentwicklungen gibt. Da braucht es starkes Engagement der öffentlichen Hände.

- 5) Wir wissen, dass gerade in Österreich Bildung stark von den Familiensituationen abhängig ist. Diese Schere hat sich in der Coronaphase deutlich verschärft, weil im Homeschooling sowohl die familiäre Unterstützung als auch die technische Ausstattung und Infrastruktur völlig unterschiedlich waren. Manche Problemstellungen konnten durch öffentliche und private Unterstützung gemildert werden, aber die Grundproblematik war voll wirksam. Der Ausbau unserer Lerncafés kann nur ein Element sein, um diese Entwicklung entgegenzuwirken.
- 6) Durch Corona entstehen neue Formen von Armut (Start-ups, Kultur, Kleinstunternehmen, die ökonomisch wanken bzw. scheitern). Da wird es deutlich mehr öffentliche Initiativen brauchen, um gegenzusteuern. Vielleicht ergeben sich aber auch, weil Armut in Richtung Mittelschicht wandern kann, neue Möglichkeiten für Initiativen, mit Hilfe derer man der Armut entkommen kann.

Im Austausch mit unseren Partnern in der Auslandshilfe in Osteuropa und Afrika hören wir, dass Österreich die Situation ganz gut bewältigt. Gerade deswegen dürfen wir den Blick nicht einengen und braucht es auch Verantwortung für andere Notsituationen.

Aus unserer alltäglichen Arbeit wissen wir aber auch, dass Situationen nur gut bewältigt werden können, wenn unsere KlientInnen ihrer jeweilige Situation ins Auge schauen und sie anerkennen. Das gilt wohl auch für uns als Gesellschaft. Wir können nicht darauf setzen, dass das Virus verschwindet. Er wird uns Jahrzehnte begleiten, hoffentlich gemildert durch Impfungen und gute Medikamente. Es geht aber darum, einen guten Alltag mit diesem Virus zu gestalten und den dauernden Krisenmodus, der gerade den Schwächeren am meisten Stress bereitet, zu überwinden. Gerade die Kirchen wissen, dass menschliches Leben immer verwundbar und verletzlich ist und es darum geht, dieses gefährdete Leben mit Vertrauen und Zuversicht zu gestalten.

Thesen zur Position der Kirche in den derzeitigen Herausforderungen

1. Corona hat die Grenzen der Machbarkeit aufgezeigt. Wir brauchen eine Erkenntnis zur Anerkennung von in der Natur und der Gesellschaft vorgegebenen Lebensbedingungen, die uns nach richtigen Strategien suchen lassen. Die mit der Corona-Epidemie verbundene Verlangsamung mancher Lebensverhältnisse sollte uns zum Nachdenken darüber bringen, was an Beschleunigung uns und der Gesellschaft gut tut und wo wir gründlicher überlegen sollten.
2. Unter den Bedingungen eines Ausnahmezustandes sind zum Teil in der Entwicklung auseinanderstrebende Bereiche wie Gesundheit, Politik, Wirtschaft, Umwelt oder Kultur enger zueinander in Beziehung gesetzt worden und in neuen Priorisierungen auch wieder auseinandergerückt. Eine Lehre aus der Krise besteht darin, die Bereiche wieder stärker zusammenzudenken, um vermehrt Bezüge der einzelnen Bereiche zueinander und zum Ganzen eines gelungenen Lebens für den einzelnen und die Gesellschaft schaffen zu können.
3. Das Verhältnis von Einzelperson zur Gesellschaft in den verschiedenen Dimensionen muss überdacht werden. Menschenrechte der Person können nur ernst genommen werden, wenn die Verbindung von Person und Gesellschaft geachtet wird, wenn aus einem unbezogenen Individualismus ein auf andere und die Gesellschaft bezogener wird. Die Forderung nach sozialer Distanzierung ist missverständlich, vielmehr soll die Notwendigkeit räumlicher Distanzierung so gestaltet werden, dass soziale Distanzen überwunden werden. So überlegen sich etwa kirchliche Verantwortungsträger, wie seelsorgliche Nähe bei Einhaltung von räumlicher Distanz aufgebaut werden kann, indem beispielsweise digitale Möglichkeiten erschlossen werden.

4. Weil es um den ganzen Menschen geht (Ganzheitsgrundsatz), hat Kirche das Recht und die Pflicht, sich in die Gestaltung der Verhältnisse in den verschiedenen Bereichen wie Politik und Wirtschaft einzubringen. Zugleich ist sie angehalten, in ihrem Einsatz für den ganzen Menschen in der Zusammenarbeit mit Vertretern anderer Bereiche die Eigengesetzlichkeiten dieser Bereiche zu achten (Differenzgrundsatz), um in Bescheidenheit und Entschiedenheit mit anderen zusammen bestmögliche Lösungen zu finden, ohne den Anspruch zu erheben, *die* Lösung gefunden zu haben (Toleranzgrundsatz).

5. Kirche in ihren Einrichtungen und Mitgliedern muss leidenschaftlich für die Menschen, besonders für die, die keine Anwälte haben und vergessen und abgeschoben zu werden drohen, eintreten. Dies bedeutet eine besondere Option für die Armen in der Entwicklung von Strategien, diese aus der Armut herauszuführen. Achtung vor der Würde der Armen bedeutet auch ein Ernst-Nehmen ihrer Möglichkeit der Übernahme von Verantwortung dort, wo sie Handlungsmöglichkeiten besitzen. Das Motto „Der Mensch als Mittelpunkt“ darf im Zugriff auf den Menschen nicht pervertieren in die Devise „Der Mensch als Mittel. Punkt!“. Nach dem obersten Grundsatz der christlichen Soziallehre muss „der Mensch der Träger, Schöpfer und das Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen sein. Und zwar der Mensch, sofern er von Natur aus auf Mit-Sein angelegt und zugleich zu einer höheren Ordnung berufen ist, die die Natur übersteigt und diese zugleich überwindet.“ So heißt es in der Enzyklika Mater et Magistra. Dieser Satz muss für die Kirche, aber auch für alle gesellschaftlichen Einrichtungen leitend sein.

6. Damit das Personprinzip für alle gelten kann, bedarf es der Solidarität und der Achtung des Gemeinwohls. Das Solidaritätsprinzip fordert den Einsatz dort, wo Begegnung und Teilen zur Entfaltung beitragen kann. Die Solidarität ist an die Möglichkeit zu handeln gebunden. Im Sozialstaat, der strukturellen Seite des Solidaritätsprinzips, werden die Voraussetzungen für das Gemeinwohl, das es den einzelnen erlaubt, ihre Verwirklichung zu steigern, gelegt. Der Sozialstaat verbindet die anthropologische Grundlage der Ergänzungs- und Hilfsbedürftigkeit des Menschen mit seiner Fähigkeit, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen. Der Sozialstaat braucht damit die Ergänzung durch die Sozialgesellschaft. Hier ist Kirche besonders gefragt.

7. Mit dem Subsidiaritätsprinzip wird der Aufbau der Gesellschaft von unten mit dem Belassen der Verantwortung bei den einzelnen und den kleineren Einheiten, insofern sie die Verantwortung tragen können, gefordert. Das Einfordern von Eigenverantwortung und deren Realisierung führt zu einer freien Gesellschaft, in Abwehr einer vom Staat bestimmten Bevormundung. Es gilt nicht nur Ansprüche für sich zu stellen, sondern auch Ansprüche an sich. Subsidiarität ist getragen von der Bereitschaft, für die Folgen seines Handelns einzutreten.
8. Gerade in beengenden Situationen wie der Coronakrise ist in allen Maßnahmen der Bekämpfung dieser Krise auf Nachhaltigkeit und Bewahrung der Schöpfung zu achten. Wie Papst Franziskus in seiner Enzyklika *Laudato si'* zeigt, sind soziale und ökologische Ziele nur in Abstimmung aufeinander zu erreichen. Bewahrung der Schöpfung bedeutet eine Voraussetzung zur Erreichung sozialer Ziele, wie es auch umgekehrt der Fall ist. Dies bedeutet auch neue Weichenstellungen für das Feld der Arbeit.
9. Das Verständnis von Arbeit steht unter der Klammer von „Arbeit ist mehr“ und „Arbeit ist nicht alles“. In der Gestaltung der Arbeitswelt muss darauf geachtet werden, dass die Funktionen der Arbeit (Produktion, soziale Eingliederung, Sinnerfüllung des arbeitenden Menschen, Mitarbeit an der Schöpfung) verwirklicht werden können. Damit wird Arbeit ein wesentlicher Faktor für ein sinnerfülltes Leben sowohl von einzelnen wie auch der Gesellschaft. Zugleich ist aber auch zu betonen, dass Arbeit nicht alles ist, dass das Menschsein und gesellschaftliches Zusammenleben nicht nur über Arbeit bestimmt wird, sondern ein integrales Lebenskonzept in Einbeziehung aller Bereiche menschlicher Verwirklichung das Ziel darstellt. In Ausweitung des heute auf das Muster industrieller Arbeit bezogenen Arbeitsverständnisses und in einem daraus folgenden Arbeitsmix kann das Ziel eines Grundeinkommens mit Arbeit für alle angestrebt werden. Dazu gilt es, auch Konzepte eines allgemeinen Grundeinkommens zu diskutieren.
10. Arbeit steht unter der Forderung „Arbeite wirtschaftsgerecht!“. Weil Wirtschaft mehr ist als Arbeit, muss diese Forderung ergänzt werden durch die Imperative: „Arbeite menschengerecht, arbeite mitweltgerecht, arbeite zukunftsgerecht, arbeite gesellschaftsgerecht!“ Ein religiöser und ethischer Zugang zur Weltgestaltung besteht in der Beachtung der Beziehungen, in denen der Mensch steht und einer Fokussierung dieser

Universitätsprofessor Leopold NEUHOLD

Beziehungen in der Person, und zwar in Bezug auf alle Menschen in der globalisierten Welt. Dabei dürfen besonders die Menschen in der sogenannten Dritten Welt und die Flüchtlinge nicht vergessen werden.



Mensch sein
in der
Arbeitswelt.

Fonds für Arbeit und Bildung

Als Kompetenz- und Servicestelle der Diözese Graz-Seckau fördert der Fonds für Arbeit und Bildung die innerkirchliche und gesamtgesellschaftliche Bewusstmachung aktueller Themen und Herausforderungen der Arbeitswelt.

Verschiedene Aktionen, Veranstaltungen, Statements oder das Infoblatt „Perspektiven“ bilden, informieren und bieten einen kirchlichen Beitrag zum gesellschaftspolitischen Diskurs. Im Zentrum steht das Engagement für die menschliche Würde in der Arbeitswelt. Mit Spendengeldern unterstützt der Fonds individuell die Chancen Arbeitssuchender auf Arbeit.

Der Fonds wurde 1988 von Bischof Johann Weber als „Arbeitslosenfonds“ gegründet.

FONDS

FÜR ARBEIT UND BILDUNG

der Diözese Graz-Seckau

8010 Graz, Bischofplatz 4, 0316 8041 422
fonds-fuer-arbeit@graz-seckau.at
katholische-kirche-steiermark.at/fonds-fuer-arbeit

Arbeitslosen Menschen
eine Chance geben!

Mit Ihren Spendengeldern unterstützt der Fonds individuell die Chancen Arbeitssuchender auf Arbeit. In Kooperation mit der Caritas der Diözese Graz-Seckau helfen wir konkret:

Führerschein notwendig

Herr B., 37 Jahre, Graz

Herr B. bekam einen Arbeitsplatz als Bauhelfer mit der Auflage, den Führerschein B zu erwerben. So ist er für die Baufirma z. B. beim Holen und Liefern von fehlenden Materialien flexibel einsetzbar. Auf Grund der angespannten finanziellen Lage wurde Herr B. vom Fonds mit einer Zuzahlung zum Führerschein unterstützt.

Zuzahlung zu Zahnsanierung

Birgit F., 56 Jahre, Bezirk Leoben

Birgit F. ist gelernte Bürokauffrau, hat aber längere Zeit nicht in diesem Beruf gearbeitet. Zuletzt suchte sie einen Arbeitsplatz als Kassiererin. Die kaputten Vorderzähne waren dabei ein wesentliches Hindernis. Frau Z. bekam vom Fonds einen Zuschuss, um die Zähne sanieren lassen zu können.

Zusatzausbildung zur Kinderbetreuerin

Petra S., 17 Jahre, Graz-Umgebung

Petra S. besuchte eine mehrjährige Fachschule und konnte in diesem Rahmen die Berufsausbildung zur Kinderbetreuerin/Tagesmutter mitmachen. Die Zusatzkosten dafür konnte sich die Familie – auch auf Grund der Arbeitslosigkeit der Mutter – nicht leisten. Der Fonds unterstützte Petra S., damit sie ihre Qualifikation verbessern kann und später bessere Chancen auf Arbeit hat.

Bitte helfen auch Sie!

IBAN: AT58 3800 0000 0027 7111

Neuzeit's fort!